

Gastkommentar

Im Schulturm der EZB

Bloomberg/Hannelore Foerster, Peroutka



Die ohnehin unfinanzierbare Steuerreform verkommt im Zuge der EZB-Entscheidung zur Nebensache. Durch diese werden stimulierende Maßnahmen im Keim erstickt.

Medial scheint die Steuerreformdiskussion derzeit zwischen Weihnachtsferien und Winterschlaf stecken geblieben zu sein. Warum auch eine mühsame Steuerreform, wenn die EZB indirekt der Republik ein Vielfaches der Gegenfinanzierung an Schulden „umhängt“? Während in der Antike die Schuldknechtschaft bei den Griechen und Römern ein Mittel darstellte, Geldschulden einzutreiben, wird sie im 21. Jahrhundert von den antiken Vorbildern exakt in ihr Gegenteil verkehrt. Dass dabei an der Spitze der EZB ausgerechnet einem römischen Ex-Goldman-Sachs-Manager gemeinsam mit der weltgrößten Schattenbank Black Rock das Zepter für derartige „Marktverwerfungen“ in die Hand gegeben wird, dürfte wohl als böser Treppenwitz in die Wirtschaftsgeschichte eingehen.

Draghis Geldkarussell

Grundsätzlich kann man Mario Draghi nicht vorwerfen, dass er nicht exakt das täte, was er erklärt. Bereits im Sommer 2012 versicherte er, dass die EZB alles tun werde, „was immer nötig sei“, um den Euro zu retten, einschließlich des Kaufs „unbegrenzter“ Mengen notleidender Staatsanleihen. Zwei Jahre nach dem als „Draghi-Put“ bezeichneten Geldkarussell wartete dieser im vergangenen Jahr mit einer Ausdehnung seines gefährlichen Spiels auf: Nach der sukzessiven Senkung des Leitzinssatzes auf 0,05 Prozent im September 2014 und bereits drei großen Bankenrefinanzierungsprogrammen über 1,5 Billionen € sollen innerhalb der nächsten zwei Jahre risikoreiche Kreditverbriefungen im Ausmaß von weiteren 1,14 Billio-

nen € von der EZB angekauft werden. Ab März 2015 bis Ende September 2016 soll die EZB Monat für Monat Wertpapiere im Wert von 60 Milliarden € aufkaufen, was umgerechnet einem Betrag von 3400 € pro Einwohner entsprechen soll. Aufgrund der mangelnden Leistungsfähigkeit der südlichen Mitgliedstaaten und der Einbeziehung der bisherigen drei Bankenrefinanzierungsprogramme wird man hier aber getrost das Zehnfache für die tatsächlich betroffenen Steuerzahler Mittel- und Nordeuropas veranschlagen können.

Deflationsbekämpfung

Da ein Verkauf derartiger Papiere für die Banken (bzw. deren Schattenbanken) ja nur vor dem Hintergrund ihres Risikos verständlich wird, sind die Folgen katastrophal: eine Banken- und Krisenländerrettung auf Europa-Ebene, die den Charakter einer illegalen und unsoliden Fiskalmaßnahme besitzt, während die vorgetragene Deflationsbekämpfung in ihrem Kern eine glatte Lüge an die Adresse der finanzierenden EU-Bürger Mittel- und Nordeuropas darstellt.

Der kurzfristigen Exportstützung durch einen schwachen Euro stehen zeitverschobene Steuerbelastungspakete zur Refinanzierung gegenüber, wodurch kein einzelstaatlicher Manövrierspielraum für stimulierende Maßnahmen mehr bleibt: Investitionen und Konsum werden daher durch neue Belastungspakete bereits im Keim erstickt.

Hingegen wird eine flächendeckende Enthaltung von Banken und Versicherungen, die für ihre risikobehafteten Anlageentscheidungen eintreten müssen, eine Ebene höher unter Ausblendung jeglicher Verantwortung munter weiterbetrieben. Damit besteht für Finanzakteure überhaupt kein Anreiz mehr, sich risikoavers zu verhalten. Ganz im Gegenteil: Die Strategie zeigt, dass ordnungspolitisches Handeln völlig unangebracht ist; eine Marktberichtigung soll gar nicht erst stattfinden. Die Vorgangsweise selbst findet auch keine Rechtfertigung im EU-Vertrag. Sie ist als Staats-

finanzierung gem. Art. 123 des EU-Vertrages schlicht verboten. Der einseitige Ankauf von Staatsanleihen südeuropäischer Länder wie Griechenland, Italien, Spanien usw. durch die EZB wäre somit unzulässig.

Im Ergebnis stellen die fortgesetzten monetären Eingriffe der EZB als Fiskalmaßnahme einen (nicht legitimierten) Rückgriff auf die Leistungsträger des europäischen Systems dar, da letztlich erneut die EU-Nettozahler für Transferleistungen an die (zumeist) südliche Peripherie herhalten müssen, während die Reformbereitschaft der Schuldnerländer und deren Bankenstruktur keine Impulse erhält. Die Rufe nach einem Einschreiten der Regierung(en) verhallen dabei völlig ungehört, die EZB hat sich verselbstständigt.

Wohlstandsverlust

Bereits heute darf festgestellt werden, dass sich der einfache Staatsbürger als Betrogener dieser absurden Systemstützung und Geldumverteilung aufgrund des massiven Wohlstandsverlustes regressieren wird. Dass die Krisenverursacher als Krisengewinner des eigenen Spielbetriebs das Feld ungeschoren verlassen dürfen, wird selbst er nicht hinnehmen.

Ob er sich dabei immer demokratischer Mittel bedienen wird, wird erst die Zukunft zeigen, wenn zur Bekämpfung einer Massenarbeitslosigkeit ebenso wenig Geldmittel zur Verfügung stehen wie für die Bereiche Bildung, Forschung und Entwicklung, Infrastruktur, Gründerinitiativen, Klein- und Mittelbetriebe, Altersvorsorge usw. Letztlich wurde nicht nur die Zukunft unserer Kinder, sondern auch die Altersvorsorge des Mittelstandes auf dem Altar einer verantwortungslosen Finanzelite geopfert.



DR. MANFRED
BIEGLER
Partner 7TC
Wirtschaftsprüfungs-
und Steuerberatungsgesellschaft m.b.H